

„Weiterhin Vertuschung“

HSB: Linke hakt nach

Hanau (pm/rb). Die Stadtverordnetenfraktion Die Linke sieht trotz Einigung mit dem Vorstandsvorsitzenden der Hanauer Straßenbahn AG (HSB), Ulrich Hoffman (der HA berichtete), weiteren Aufklärungsbedarf bei der HSB. In einer Stellungnahme heißt es: „Es ist Herrn Hoffman zu gönnen, dass die Angriffe auf seine Gesundheit nun ein Ende gefunden haben.“ Allerdings bleibe nach einiges nebulös, was die Rolle von Magistrat und Holding betrifft.

Trotz der neuen Rathaus-Koalition schein sich die „Vertuschungstaktik aus dem Rathaus weiterhin fortzusetzen“. Vor einem Jahr sei die HSB-Affäre auf ihren Höhepunkt zugesteuert. So sei von Seiten der Stadt, insbesondere der Beteiligungsholding, sukzessive ein Szenario mit „Drohverlusten“ in Höhe von 30 Millionen Euro bis hin zu eventuell vorliegenden betrügerischen Machenschaften bei Ausschreibungsverfahren und Bilanzerstellung durch den ehemaligen Vorstand aufgebaut worden.

Zudem wurde die Krankheit von Hoffmann in Frage gestellt und ihm fristlos gekündigt. Zudem bestünden noch immer massive strafrechtliche Vorwürfe seitens der städtischen Holding und des Vorstandes der HSB gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden, weswegen ein Ermittlungsverfahren bei der Hanauer Staatsanwaltschaft am Laufen sei.

Die Fraktion sieht hier Klärungsbedarf. Sind nach der Einigung mit dem Stillhalteabkommen die Drohverluste verschwunden? „Was ist mit der angekündigten Schadensersatzforderung gegenüber Hoffmann? Welche Lehren werden aus den neu erstellten Bilanzen und Wirtschaftsprüfungsberichten gezogen? Gibt es auch eine Einigung mit dem ehemaligen Prokuristen Herrn Rosemann? Wie weit ist der Verkauf der KvK und der Streckenkonzessionen fortgeschritten?“, fragt die Linke. „Es ist zu befürchten, dass es so sein wird wie immer: Die Sache ist von Seiten des Rathauses und der Holding für beendet erklärt worden und die neue Koalition wird alles tun, damit dies so bleibt“, so der Stadtverordnete Jochen Dohn.

HA: No. 08.01.2007